

# Bosnien und Herzegowina

Tobias Flessenkemper\*

Bereits 2016 stellte Bosnien und Herzegowina (BuH) den Antrag auf EU-Mitgliedschaft und 2019 legte die Kommission hierfür einen Katalog von 14 Prioritäten vor, die seitdem das Handeln lokaler Politik, der EU Delegation und des EU-Sonderbeauftragten (EUSB) in BuH, Johann Sattler, bestimmen. Das Mandat der EU-Friedenstruppe EUFOR Althea wurde im November 2020 vom VN-Sicherheitsrat bis Ende 2021 verlängert. Ein Wechsel findet nach 12 Jahren am 1. August 2021 im Amt des Hohen Repräsentanten (HR) statt, das Christian Schmidt, langjähriges Mitglied des Deutschen Bundestags, übernehmen wird. Die EU-Integration stockte 2020/21 für alle Westbalkanländer, da es der EU zunehmend an Handlungskoheränz fehlt und die Kommission ihre führende und gestaltende Rolle eingebüßt hat. Vielmehr wird der Prozess durch nationale Vetos, Partikularinteressen und Revisionismus bestimmt. Die kritische humanitäre Lage an der Grenze von BuH und Kroatien im Winter 2020/21 zeigte erneut die Folgen der EU-Migrationspolitik für Drittländer.<sup>1</sup> Am 8. Juni 2021 wurde die lebenslange Haftstrafe für Ratko Mladić, General der Armee der Republika Srpska im Krieg gegen BuH, für die Verbrechen des Genozids in Srebrenica, die Belagerung Sarajevos und die Vertreibung nicht-serbischer Menschen von der Berufungskammer des VN-Tribunals bestätigt.<sup>2</sup>

## Innenpolitik

Durch die Folgen der Covid-19-Pandemie schrumpfte die Wirtschaft 2020 um 3,7 Prozent. Ausländische Direktinvestitionen stagnierten und die Abwanderung in EU-Mitgliedstaaten und der Fachkräftemangel setzte sich fort, gefördert durch die deutsche Westbalkanregelung, die bis Ende 2023 den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt gestattet.

Vor diesem Hintergrund fanden im November 2020 Kommunalwahlen statt, bei denen sich die politische Pluralisierung in den Städten fortsetzte. In Sarajevo und Banja Luka kam es zum Wechsel: Benjamina Karić (Jahrgang 1991), neue Bürgermeisterin von Sarajevo und Mitglied der sozialdemokratischen Partei (SDP), gelang es im Juni 2021 mit einem symbolischen Besuch bei ihrem Amtskollegen in Banja Luka, Draško Stanivuković (Jahrgang 1993), Mitglied der Partei des Demokratischen Fortschritts (PDP), ihrer beider Bekanntheit zu steigern. In Sarajevo-Centar errang der Kandidat der sozial-liberalen Partei Naša Stranka, Srđan Mandić, zwei Drittel der Stimmen. Zudem fanden im Dezember 2020 Stadtratswahlen in Mostar statt. Dafür wurde ein spezielles Wahlstatut von der EU und den USA mit den Vertretern der kroatisch-nationalistischen HDZ BiH und der bosniakisch-nationalistischen SDA vereinbart. Es legt ethnisch definierte Quoten für die drei konstitutiven Völker bei der Besetzung der 35 Stadtratssitze fest. Außerdem muss das

---

\* Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wieder.

1 Adelheid Wölfl: Migranten in Bosnien und Herzegowina im rechtlichen Niemandsland und in humanitärer Not, in: Südosteuropa Mitteilungen 1/2021, S. 21–35.

2 United Nations International Residual Mechanism for Criminal Tribunals: Judgement Prosecutor v. Ratko Mladic, Den Haag, 8.6.2021, MICT-13-56-A.

Bürgermeisteramt mit einer Zweidrittelmehrheit besetzt werden. HDZ BiH und SDA konnten ihre Zweidrittelmehrheit im Stadtrat verteidigen.

Die HDZ BiH verfolgte weiterhin das Ziel der Schaffung eines neuen Wahlkreises für die Präsidentschaftswahlen auf Staatsebene, der ihnen dauerhaften Zugang zum Amt garantieren soll. Dabei sucht ihr Vorsitzender, Dragan Cović, die EU-Politik für seine politischen Interessen einzuspannen. Bemerkenswert war, dass es im Frühjahr 2021 einigen Beobachtern so erschien, als ob die politische Forderung der HDZ BiH nach einer Wahlrechtsreform zur Sicherstellung ethnischer Repräsentation zur wichtigsten Priorität der Vermittlungstätigkeit des EU-Sonderbeauftragten Sattler geworden wäre.<sup>3</sup>

### Internationale Entwicklungen

Vor dem Hintergrund der slowenischen Ratspräsidentschaft sorgte im April 2021 ein dem slowenischen Ministerpräsidenten Janez Janša zugeschriebenes „Balkan Non-Paper“ für Irritationen, da es Grenzänderungen vorschlug. Šefik Džaferović (SDA), Vorsitzender der Präsidentschaft von BuH, intervenierte beim Präsidenten des Europäischen Rats Charles Michel, der sich zur territorialen Integrität BuHs bekannte, was angesichts des Drucks der serbischen und kroatischen nationalistischen Lager ein wichtiges Zeichen war.<sup>4</sup> Denn schon im März hatte die kroatische Regierung, unterstützt von Bulgarien, Griechenland, Slowenien, Ungarn und Zypern, ein kontroverses Non-Paper zu BuH verteilt.

Ende 2020 war der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Josep Borrell, nach Sarajevo gereist, um der Unterzeichnung des Rahmenabkommens für Frieden in BuH in Dayton, Ohio 1995 zu gedenken. Dabei sprach er davon, dass BuH auf dem Weg „von Dayton nach Brüssel“ sei. Dieses matte Bild hat die EU wiederholt und vergeblich seit der Jahrtausendwende beschworen. Relativiert wurde es als die deutsche Bundesregierung im Januar 2021 überraschend Christian Schmidt als neuen Hohen Repräsentanten verantwortlich für die Umsetzung der zivilen Aspekte des Daytoner Abkommens, vorschlug.<sup>5</sup> Deutschland hatte sich zuvor wiederholt für das Ende des HR-Amtes eingesetzt. Russland trug die Ernennung Schmidts durch den Peace Implementation Council (PIC) jedoch nicht mit.

Aufgrund mangelnder außenpolitischer Kohäsion der EU besteht kaum Aussicht auf integrationspolitischen Schwung. Mit der Amtsübernahme von Joe Biden als US-Präsident, der sich seit den 1990er Jahren mit BuH befasst, verbindet sich Hoffnung auf eine neue Dynamik auf internationaler Ebene. Jedoch ist die Haltung Russlands zum neuen HR und zur jährlichen Verlängerung des Mandats der Friedenstruppe EUFOR Ende 2021 unklar. Die allgemeinen Wahlen im Herbst 2022 werden die stabile Dauerkrise im Inneren und in der Beziehung zur EU kaum ändern. Der Kandidatenstatus wird damit auch mehr als fünf Jahre nach dem Antrag auf EU-Mitgliedschaft weiterhin kaum erreichbar sein.

### Weiterführende Literatur

Alexander Rhotert/Oliver Joachim Rolofs: 25 Jahre nach Dayton: Hält der Frieden in Bosnien und Herzegowina?, in: Südosteuropa Mitteilungen 6/2020, S. 25–38.

Christian Schwarz-Schilling: Der verspielte Frieden in Bosnien. Europas Versagen auf dem Balkan, Freiburg 2020.

---

3 Toby Vogel/Bodo Weber: The EU's perverse agenda in Bosnia, in: EUobserver, 4.3.2021.

4 Joseph Marko: Ist eine geplante Wahlrechtsreform der Auftakt zur Zerschlagung Bosniens?, in: Der Standard, 3.5.2021.

5 Als Landwirtschaftsminister vermittelte Christian Schmidt im Sommer 2016 im Auftrag von Bundeskanzlerin Angela Merkel die Anpassung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA).